

23.900 Schrottautos abgestellt

SPD-Umweltpolitiker fordert vom Senat zügiges Abschleppen

Von Jens Anker



Schrottplatz Berlin: Der VW verrostet an der Rudolstädter Straße

Foto: Schulz



Im vergangenen Jahr hat die Polizei 23 900 Schrottautos auf den Berliner Straßen registriert. 2900 davon hat das zuständige Bezirksamt Lichtenberg beseitigt. Dabei entstanden für das Land Berlin Kosten in Höhe von 300 000 Euro.

Trotz eines beschleunigten Verfahrens stehen die Wagen noch immer bis zu ein Jahr auf öffentlicher Straße, bevor sie beseitigt werden. Umweltpolitiker Daniel Buchholz (SPD) kritisiert das Zögern der Verwaltung seit Jahren: "Wir müssen endlich in die Puschen kommen." Das Verfahren müsse deutlich verkürzt werden, damit sich die Zahl der Schrottautos im Stadtbild verringere.

Dabei besteht nach Ansicht des Umweltpolitikers die Chance, "das Trauerspiel endlich zu beenden". Denn mit dem geplanten Gesetz zum Bürokratieabbau soll auch das Berliner Straßengesetz geändert werden. Dann soll es möglich sein, "unverzüglich" Schrottautos entfernen zu können. Doch in der Regierungskoalition besteht Streit über das Gesetz. Ob es wie geplant vom Abgeordnetenhaus verabschiedet wird, ist derzeit ungewiss. Die PDS hat Widerstand angekündigt.

Seit 1999 gibt es neben der roten Plakette für Fahrzeuge, von denen eine akute Umweltgefahr ausgeht, auch eine gelbe Plakette für abgestellte Wagen ohne Zulassung, die nur über geringe oder keine Schäden verfügen. Dadurch haben sich die Standzeiten von Schrottautos auf durchschnittlich mehrere Monate erhöht, da zuerst die jeweiligen Fristen abgewartet werden müssen. Mit dem Gesetz zum Bürokratieabbau soll jetzt die Möglichkeit bestehen, Autos beseitigen zu können, deren Halter noch nicht ermittelt sind.

In der Antwort auf eine Anfrage des SPD-Politikers ließ der Polizeipräsident jedoch wissen, zur Feststellung eines Vergehens gegen das Gesetz zur allgemeinen Sicherheit und Ordnung (ASOG) sei "keine Beschlagnahme des Fahrzeugs zum Zwecke der Beweismittelsicherung erforderlich, mithin keine Umsetzung, sofern nicht unaufschiebbare Maßnahmen der Gefahrenabwehr getroffen werden müssen". Buchholz befürchtet, dass sich "im Bermuda-Dreieck zwischen Bezirksamt Lichtenberg, Polizei und Verwaltung für Stadtentwicklung" auch in Zukunft nichts an der bestehenden Praxis ändert.

Hoffnungen verknüpft der Umweltpolitiker hingegen mit der Einrichtung der bezirklichen Ordnungsämter, die im Herbst ihre Arbeit aufnehmen. "Ich erwarte, dass die Mitarbeiter ein Auge darauf werfen", sagt Buchholz. Viele Autos vergammeln auf den Straßen, ohne dass das Bezirksamt Lichtenberg davon Kenntnis erlangt. Das soll sich nach dem Willen des Umweltpolitikers ändern. Die Mitarbeiter der Ordnungsämter sollen demnach auch verstärkt Anzeigen weiterleiten.

Berliner Morgenpost, vom: 01.07.2004

URL: <http://morgenpost.berlin1.de/archiv2004/040701/berlin/story688082.html>